

# Wenn Politiker

Die größte Steuerreform aller Zeiten! Damit zieht Österreichs Bundesregierung durch das Land. Können Sie sich aber spontan erinnern, was genau uns da in der Vorwoche versprochen wurde? Die Kommunikation der Regierungsklausur ist nur halb gelungen.



PROF. PETER FILZMAIER

## Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

**1** Politik ist Wiederholung. Also wurden viele Dinge angekündigt, wie sie bereits 2017 auf den Seiten 125 bis 131 ins Regierungsprogramm geschrieben wurden. Zu vielen Punkten von weniger Abgaben für alle bis zur Senkung der Körperschaftsteuer für Firmen fehlen unverändert die Details. Relativ neu ist nur das Herumwerfen mit Milliardensummen, welchen Gesamtumfang die Reform hat.

**2** Klar, jeder Verkäufer preist seine Waren an. Genauso bewirbt jede Regierung ihre politischen Pläne. Hätte Sebastian Kurz als Bundeskanzler etwa sagen sollen, er macht ein Mini-Steuerreformchen? Dafür hätte man ihn ausgelacht.

Ein bisschen lächerlich ist das Milliardenspiel trotzdem. Denn es kommt auf die Rechenvariante an, ob es um vier, fünf, sechs oder sogar sieben Milliarden geht. Es riecht nach billigem Kom-

munikationsgag, wenn man sich durch Einrechnen längst abgeschlossener und irgendwann zukünftiger Maßnahmen eine Wunschsumme bastelt. Vor allem jedoch: Wie soll sich ein Steuerzahler auskennen, ob und in welchem Ausmaß er selber einen Vorteil hat?

**3** Für den Einzelnen geht es sicher nicht um Milliarden, sondern zählen 100 Euro mehr oder weniger. Die sonst so eifrige Kommunikationsmaschinerie des Bundeskanzlers hat die Einzelfallgeschichten zu unpersönlich erzählt. Warum ist Otto Normalverbraucher ein Gewinner der Steuerreform? Wenn Sebastian zudem behauptet, er hätte Otto gestern getroffen und seine Freude darüber erlebt, wäre das nicht überprüfbar. Eine bessere Geschichte als Statistiken und Zahlen ist es dennoch.

**4** Egal, welche Milliardenhöhe die Steuerreform am Ende des Tages ausmacht: In der Schattenwirtschaft wird weit mehr

als das Doppelte verdient. Nämlich 18,288 Milliarden Euro. Diese 2018 in Österreich im Pfusch erwirtschaftete Summe nennt der Linzer Wirtschaftswissenschaftler Friedrich Schneider. Was im Vergleich aller EU-Länder kurioserweise wenig ist.

Doch was soll das Argument, dass es in Bulgarien oder Kroatien siebenmal mehr Steuerbetrug als bei uns gibt? Würde das hierzulande schwarz verdiente Geld korrekt versteuert werden, wären alle steuerlichen Reformmaßnahmen durch entsprechende Staats(mehr-)einnahmen sofort gegenfinanziert. Nur traut sich kein Politiker zu sagen, dass viele Wähler das Steuerrecht als unverbindliche Empfehlung und Steuerhinterziehung als Volkssport sehen.

**5** Warum überhaupt eine große Steuerreform? Die Standardantwort lautet „wegen der kalten Progres-

sion“. Gemeint ist, dass Max Mustermann beispielsweise heuer 20.000 Euro verdient. Sind es im kommenden Jahr 20.400 Euro, entspricht die Steigerung bloß der rund zwei-prozentigen Inflation vulgo Geldentwertung. Einen Vorteil hat Maxi Muster durch die Gehaltserhöhung nicht. Mehr Steuern zahlen muss er trotzdem.

Dagegen will die Regierung etwas unternehmen. Und das ist gut so. Freilich sagt sie uns nicht, was sie macht. Nur dass das 2023 geschieht. Offensichtlich möchte man nicht gleich etwas Gutes tun. Sondern lieber mit einem solchen Versprechen in den Nationalratswahlkampf 2022 ziehen. Jetzige Wohltaten

# über Steuern reden

sind schließlich vier Jahre später kein Wahlmotiv mehr.

**6** Neben der Steuersenkung geht es um die Vereinfachung des Steuersystems. Viele von uns lassen sich gar Steuerrückzahlungen entgehen, weil ihnen die Antragstellung zu kompliziert ist. Dass hier – etwa durch Pauschalen für Absatzbeträge – lediglich kleinere einfache Häppchen präsentiert wurden, das ist eher positiv zu bewerten.

Denn weltweit haben sich großartige „Alles ganz einfach“-Rufer als Populisten erwiesen. Frank Stronach

etwa brachte aus den USA die Idee einer „flat tax“. Demzufolge würde jeder einfach 20 Prozent statt wie bisher bis zu 55 Prozent Steuern zahlen. Die Steuererklärung hat auf einer kleinen Postkarte Platz. Klingt gut. Dumm gelaufen, dass so der Staat pleite geht und Großverdiener viel mehr profitieren als Menschen mit kleinem Einkommen.

**7** Ach ja, und als der steuerliche Kommunikationskarren der Regierung nicht ganz so toll wie erhofft rollte, hat Kanzler Kurz nachgeschoben, dass Steuerzuckerln für Pensionisten bevorstehen. Das ist würdig und recht. Das Hauptproblem für die Finanzierung unserer Pensionen ist allerdings nicht deren Besteuerung, sondern das Eintrittsalter.

Hier hat die Regierung nichts Konkretes gesagt, weil es unpopulär wäre. Wer will schon hören, dass aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung wir mit 70 Jahren und mehr in Pension gehen sollten? Würden wir das nicht im Durchschnitt als 60-Jährige tun, könnte der Staat allen Pensionisten sämtliche Steuern und Abgaben erlassen. Doch das ist eine andere Geschichte.



Im Zuge der Steuerreform wirft die Regierung geradezu mit Milliardensummen um sich. Für den Einzelnen geht es aber nicht um Milliarden, sondern zählen 100 Euro mehr oder weniger.